Dieselöl Benzin
HEIZ OEL HAURI
Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Freitag, 9. April 2021 | Nr. 14 | 63. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Im ZGB sollen Väter nicht mehr vorkommen
Seite 2

Kanton Zürich
80-Millionen-Kredit für Kantonsschule Limmattal
Seite 3

Aktuell
KV-Reform 2022: Berufsbildung fachlich ausgehöhlt
Seite 4–5

Städte Zürich und Winterthur
Richtplan Stadt Zürich: Zurück auf Feld eins
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
SVP-Schiessen Weiningen 3.–5. September
Seite 8

ABSTIMMUNGEN VOM 13. JUNI

2× NEIN zu den extremen Agrarinitiativen

Am 13. Juni wird das Schweizer Volk über zwei extreme Agrarinitiativen abstimmen. Die Volksinitiativen «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» sowie «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» sind reine Mogelpackungen und würden die Landwirtschaft sowie den ganzen Lebensmittelsektor in ihrer Existenz gefährden.

Mit den beiden extremen Agrarinitiativen entscheidet der Stimmbürger, ob er weiterhin nachhaltig produzierte Lebensmittel aus der Schweiz auf seinem Tische haben will oder ob sich in Zukunft der Anteil an Importlebensmitteln verdoppelt. Bild ZBV

Negative Auswirkungen auf die Umwelt

Die Forschungsanstalt Agroscope hat wissenschaftlich bestätigt, dass eine Annahme der Initiativen nicht nur negative Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduzierende Landwirtschaft hätte, sondern absurderweise auch auf die Umwelt. Insbesondere die Trinkwasserinitiative würde die inländische Produktion massiv reduzieren und zu steigenden Importen und damit höheren Umweltbelastungen im Ausland führen. Unter dem Strich würde die Initiative der Umwelt mehr schaden als nützen. Für selbsternannte Umweltschützer und ihre Organisationen ein verheerendes Fazit, welches nicht wahr sein darf. Deshalb attackieren diese Umweltorganisationen auch Agroscope.

Agroscope hat schon im Jahre 2017 aufgezeigt, wie die Umweltbelastung um die Hälfte gesenkt werden könnte.

1. Die **Landwirtschaft** kann ihre Öko-Effizienz im Inland noch erhöhen.
2. Der **Handel** muss Importprodukte wesentlich sorgfältiger auswählen.
3. Der **Konsument** müsste sein Ernährungsverhalten grundlegend ändern und dabei weniger Lebensmittel wegwerfen.

Nur der erste Punkt betrifft die Schweizer Landwirte, welche im Gegensatz zu Handel und Konsument schon seit Jahren intensiv an Verbesserungen in der Nachhaltigkeit arbeiten. In den letzten 12 Jahren ist der Verkauf von Pflanzenschutzmitteln in der konventionellen Landwirtschaft um 41 Prozent zurück gegangen.

Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung wurde in den letzten Jahren ebenfalls um 35 Prozent reduziert. Die Annahme der Initiativen hätte ein staatlich angeordnetes Bio-Land Schweiz zur Folge. Einzig wertschöpfungsstarke Landwirtschaftsbetriebe in der Gemüse-, Obst-, Schweine- oder Geflügelproduktion, bei welchen die Direktzahlungen einen sehr geringen Anteil am Betriebsertrag ausmachen, würden im Falle einer Annahme der Trinkwasserinitiative in Zukunft ohne eine Reglementierung und ohne Direktzahlungen drauflos produzieren.

Die Nachfrage nach Bioprodukten hält sich immer noch in Grenzen

Gerne würden weitere Betriebe in unserem Land auf Bioproduktion oder IP-Suisse Label umstellen, leider existiert für solche zusätzlichen Produkte kein Markt. Biomilchproduzenten werden auf Wartelisten gesetzt und verschiedene Label-Programme darben vor sich hin oder werden vom Detailhandel mangels Attraktivität aus dem Sortiment gestrichen.

Die Trinkwasserinitiative ignoriert diese Fakten. Sie ignoriert vor allem auch die Importe umweltbelastender Landwirtschaftsprodukte und das bigotte Verhalten der Konsumenten. Diese fordern völlig unbelastetes Trinkwasser, sind aber nicht bereit, den deutlich höheren Preis für Landwirtschaftsprodukte zu bezahlen, welche ohne jegliche Hilfsstoffe hergestellt wurden. Jedoch eines ist für alle klar, bei Annahme der Initiativen würden die Lebensmittelpreise in unserem Land markant ansteigen und deren Qualität rasant sinken.

Gesundheitsgefährdungen richtig einschätzen

Bei den Gesundheitsrisiken leiten uns oft verkehrte Risikowahrnehmungen. Gemäss WHO sind hoher Blutdruck, Rauchen, hohe Blutzuckerwerte, zu wenig Bewegung und Übergewicht die grössten Gesundheitsrisiken. Unter den Top 20 findet sich auch der ungenügende Konsum von Früchten und Gemüse. Von der Gefahr von Chemikalien oder Pflanzenschutzmittel ist hingegen nicht die Rede. Gefährlich sind hingegen mangelnde Hygiene oder Keime aus der Zivilisation, die sich in verschmutztem Wasser wiederfinden. Auch hier kollidiert die Risikowahrnehmung mit den Fakten. Von richtig angewendeten Pestiziden geht ein sehr geringes Risiko aus. Bei der Produktion von Lebensmittel ist es sogar umgekehrt. Wer auf Pestizide verzichtet, gefährdet die Lebensmittelsicherheit und nimmt damit auch eine Gefährdung der Gesundheit in Kauf. Was für den gesunden Menschenverstand zunächst paradox klingt, hat einen einfachen Grund: Pflanzenschutzmittel verhindern, dass sich im Erntegut tödliche Pilze ausbreiten und dass zum Beispiel Tees keine giftigen Unkräuter enthalten.

Wer Pestizide verbietet, der verbietet sowohl Pflanzenschutzmittel als auch Biozide. Hierbei handelt es sich um Reinigungs-, Desinfektions-, und Schädlingsbekämpfungsmittel. Sie machen gefährliche Keime, Pilze und Schädlinge unschädlich. Sie sind sowohl in der Landwirtschaft, in der Lebensmittelindustrie, und wie Corona zeigt, im täglichen Leben unerlässlich.

Aus diesem Blickwinkel sind die beiden Agrarinitiativen geradezu abstrus. Denn nur sichere Lebensmittel können die Volksgesundheit garantieren.

Darum zwei Mal NEIN am 13. Juni 2021.

Martin Haab
Nationalrat SVP
Mettmenstetten

2x NEIN
zu den extremen Agrar-Initiativen
«Trinkwasser» & «Pestizidfrei»
JUN 13

Damit Sie wieder hören, was in Bundesbern läuft!
Dietikon HörCenter
Bahnhofstrasse 12, 8953 Dietikon
Telefon 043 322 55 66
Öffnungszeiten: Mo - Fr: 09.15 - 12 / 13 - 17.30
Jetzt anmelden für Gratis-Hörtest
Neuste Hörgeräte
Persönliche und individuelle Beratung durch Akustiker mit eidg. Fachausweis

Teuer. Nutzlos. Ungerecht.
Missratenes CO2-Gesetz Nein
www.teuer-nutzlos-ungerecht.ch

Christoph Mörgeli

Verhaltensforscherin Jacqueline Badran

So schamlos trug das Schweizer Fernsehen SRF seine politische Schlagseite noch nie zu Markte. In der Sendung «Literaturclub» diskutieren regelmässig die Deutsche Elke Heidenreich, die über «ekelhafte Altmännerliteratur» schimpft – und selber im zarten Lebensjahr von 78 steht. Die engagierte Alt-Achtundsechzigerin findet: «Vielleicht müssten wir mal wieder im grossen Stil Eier schmeissen.» Weiter wirkt im «Literaturclub» der aus Berlin stammende Philipp Tingler, welcher uns erklärt: «Tatsache ist, dass die Deutschen mehr ordentliche Dichter hervorgebracht haben als die Schweizer.» Moderiert wird die Sendung von Nicola Steiner, die ebenfalls in der Berliner Luft aufgewachsen ist und in Passau studiert hat.

Mitunter sind im «Literaturclub» immerhin die Gäste indigene Schweizer, etwa Schriftsteller, Satiriker oder Kulturjournalisten. Letztes Mal durfte es zur Abwechslung eine Politikerin sein. Selbstverständlich eine aus dem linken Lager. Selbstverständlich Jacqueline Badran. Denn die SP-Nationalrätin wurde abgesehen von «Art on Ice» schon in ziemlich jede Sendung unseres Monopolfernsehens eingeladen. Jetzt ist die Sozialdemokratin also auch Literaturspezialistin. Weil man sich bei SRF nicht vorstellen kann, dass auch die Rechten lesen und schreiben können.

Doch was befähigt Badran für den literarischen Fernseh-Olymp? Vorgestellt wurde die resolute Frau in der Vorschau als «Verhaltensforscherin». Da stellt sich die Frage, welches Verhalten sie erforscht. Ist es ihr eigenes Verhalten mit so wenig literaturfähigen Aussagen wie «Es schiisst mich aa»? Erforscht sie ihr Verhalten anlässlich ihrer Rempelei in einem Club wegen unerlaubten Rauchens («Ich bin Nationalrätin, ich darf das»)? Welche Forschungsprojekte hat die Verhaltensforscherin Badran am Laufen? Und welche Forschungsgelder darf sie beanspruchen?

Ob Badran die besprochenen Bücher gelesen hat, bleibt ihr Geheimnis. Zweifellos gelesen hat sie die Klappentexte. Und allein dies berechtigt sie schon zu ihrer grossen Klappe.

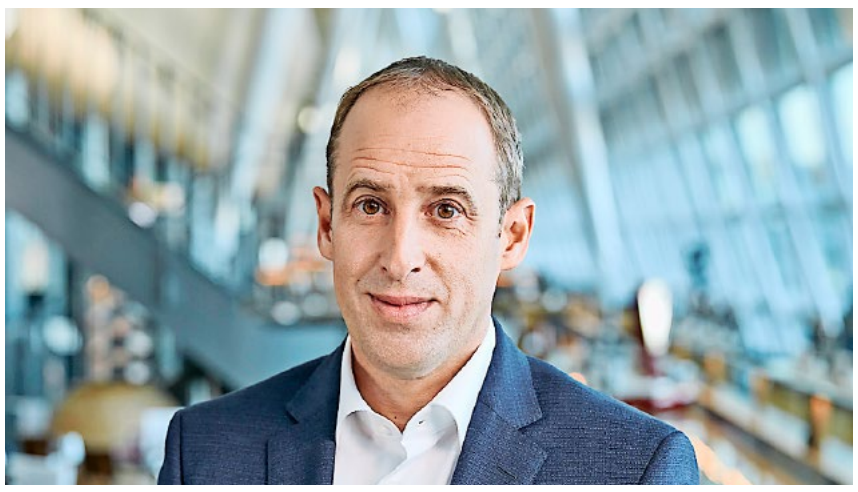
INTERVIEW MIT STEPHAN WIDRIG, CEO FLUGHAFEN ZÜRICH AG

«Reisen wird ein Bedürfnis bleiben»

Zürich Kloten ist das wichtigste Portal der Schweiz zur Welt. Auch wenn die Pandemie die Reisebranche und insbesondere die zivile Luftfahrt massiv beschnitten hat, blickt Stephan Widrig, CEO der Flughafen Zürich AG, insgesamt optimistisch in die Zukunft. Im Gespräch zeigt er zugleich auf, vor welchen Herausforderungen der für die Wirtschaft systemrelevante HUB steht.

Sie gehören, wenn man so sagen darf, mittlerweile zum Urgestein des Flughafens Zürich. Gemäss Ihrem Linkedin-Profil begannen Sie hier als Project Manager noch vor der Jahrtausendwende. Was ist das Erfolgsrezept dieser «Langzeitbeziehung»?
Man sagt, als Flughafendirektor eröffnet man die Vorhaben, die der Vorgänger initiiert hat und plant die Projekte, die ein Nachfolger in Betrieb nehmen wird. Das hängt damit zusammen, dass wir oft grosse Infrastrukturprojekte entwickeln und erneuern, wie z.B. das neue Dock B, die neue Gepäcksortieranlage oder natürlich den Circle. Diese Projekte haben alle eine lange Planungs- und Realisierungszeit. Von daher ist es sicher positiv, dass wir im Kader eine hohe Kontinuität haben. Dass ich schon so lange beim Flughafen bin, hat aber primär damit zu tun, dass die Arbeit einfach sehr spannend und vielseitig ist und wir auch ein Unternehmen mit einer guten Betriebskultur sind. Es war mir noch nie langweilig in diesen bald 22 Jahren.

Bevor wir auf aktuelle Issues eingehen: Ein beruflicher Abstecher führte Sie – ebenfalls in der Aviatik – in die indische Metropole Bangalore. Was haben Sie von dort – als Kontrastfolie zu unserem Flughafen – mitgenommen?
In Asien herrscht eine ganz andere Dynamik und Aufbruchstimmung. Für die Menschen dort ist klar, dass die internationale Anbindung und damit ein Flughafen wichtig sind für die Entwicklung und den Wohlstand der ganzen Region. In Bangalore haben wir einen Flughafen entwickelt und in Betrieb genommen, der heute grösser ist als Zürich. Hier wäre das heute nicht mehr denkbar. Der Lärm war in Indien übrigens nie ein Thema.



«Selbst in der aktuellen Krise beanspruchen wir keine Hilfsgelder des Staates,» hält Stephan Widrig fest. Foto Flughafen Zürich AG

Corona hat den Flughafen gebeutelt. Allerdings: Der Aktienkurs lag Ende Dezember 2019 – da war Covid-19 noch nicht einmal in Wuhan als solches erkannt – bei rund 170 Franken. Seit Anfang dieses Jahres bewegen wir uns an sich wieder in diesem Bereich, zwischen 150 und 170 Franken. Zudem hebt die Analystencommunity den Daumen insgesamt klar nach oben. Warum ist diese Zuversicht trotz aller Herausforderungen berechtigt?
Ich deute es so, dass die Mehrheit davon ausgeht, dass es den Flughafen in der Zukunft genauso braucht wie in der Vergangenheit – und dass das Bedürfnis nach Reisen und auch die Notwendigkeit einer internationalen Vernetzung unserer Wirtschaft zentral bleiben werden. Wir haben zudem immer auf eine hohe Eigenfinanzierung und tiefe Schulden geachtet und in guten Zeiten Reserven gebildet. Deshalb können wir diese Krise unabhängig, aus eigener Kraft und ohne staatliche Unterstützung durchstehen, was sicher auch für die Zukunft eine gute Basis ist. Reisen ist nebst der Bedeutung für Wirtschaft und Forschung auch ein Grundbedürfnis von uns allen. Reisen kann nicht durch eine Videokonferenz ersetzt werden.

Die offiziellen Messwerte belegen es: Der sogenannte Tagesfluglärm hat über die letzten zwei Jahrzehnte kontinuierlich und substanziell abgenommen. Wie war das möglich und lässt sich dieser Trend fortsetzen?
Die Flugzeuge sind heute deutlich lärmgünstiger als vor 20 Jahren und brauchen notabene auch viel weniger Treibstoff. Die neuste Flugzeuggeneration zum Beispiel mit dem Dreamliner von Boeing oder dem A320 Neo von Airbus ist nochmals deutlich besser in dieser Hinsicht, der Trend wird also weitergehen.

Die Abstimmung über das CO_2-Gesetz steht vor der Tür. Welche Reflexion möchten Sie Stimmberechtigten bei der Entscheidung mit auf den Weg geben?
Ich finde es wichtig, dass wir schrittweise wegkommen von fossilen Energieträgern, auch in der Luftfahrt. Ich finde es auch kein Problem, wenn dadurch das Fliegen eventuell teurer würde. Das CO_2-Gesetz ist aber ein Umverteilungsgesetz. Allein mit der Flugticketsteuer werden rund eine Milliarde Franken pro Jahr an zusätzlichen Gebühren erhoben, die dann umverteilt werden.

So ist nicht dem Ziel einer klimaneutralen Luftfahrt gedient, sondern es wird die Wertschöpfung im Inland geschwächt. Zwei Beispiele: Ein Flug mit Easy Jet ab Basel wird dadurch im relativen Vergleich deutlich günstiger als ein Flug mit SWISS ab Zürich. Oder wenn sie mit Lufthansa via Frankfurt nach New York fliegen, zahlen sie deutlich weniger Flugticketgebühren, als wenn sie ab Zürich direkt nach New York fliegen. Die Flugticketabgabe ist gut gemeint, bewirkt aber leider das Falsche.

Am 1. April 2025 blickt die Flughafen Zürich AG auf ihr erstes Vierteljahrhundert zurück. Was sollte bis dahin erreicht sein, damit der CEO beim ersten grossen Jubiläum Grund zum Feiern sieht?
Ich hoffe, dass wir bis dahin wieder frei reisen, uns global vernetzen und die Welt entdecken können. Den Flughafen Zürich und seine Organisation gibt es natürlich schon viel länger, mittlerweile 73 Jahre.

Sie sprechen die Privatisierung im Jahr 2000 an. Auch damit dürfen wir sehr zufrieden sein: Unser Flughafen gehört zu den besten Europas, wir haben seit der Privatisierung über 5 Milliarden Franken in die laufende Erneuerung der Flughafeninfrastruktur investiert, immer ohne staatliche Subventionen oder Beiträge.

Selbst in der aktuellen Krise beanspruchen wir keine Hilfsgelder des Staates und haben seit der Privatisierung bereits über 1 Milliarde Franken an Steuern und Dividenden an die öffentliche Hand bezahlt. Darauf sind wir stolz.

EIDGENÖSSISCHE POLITIK AUF ABWEGEN

Das Verschwinden der Väter und Mütter

Angeblich zukunftsgerichtete Themen wie Familienpolitik, Chancengleichheit und Gleichmachung sollen nun zum Verschwinden der Väter führen. Für die Zeugung eines Kindes braucht es zwar noch den Mann. Damit aber alle alles dürfen, – können tun wir ja schon vieles – soll nun im ZGB der Begriff Vater aus dem Artikel 252 verschwinden.

Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Dies Aufgrund der neu eingeführten «Ehe für alle». Väter müssen ihren Platz mit dem Wortlaut «Die Entstehung des Kindesverhältnisses im Allgemeinen» in besagtem Artikel räumen und Kinder erhielten neben der Mutter einen «zweiten Elternteil», dessen Geschlecht nicht definiert würde. Somit werden sie nun zum ersetzbaren Subjekt erklärt. Gegen die Ehe für alle ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Sie weckt aber die Begehrlichkeit nach dem Recht auf Kinder. Womit automatisch neue Ungerechtigkeiten ins Leben gerufen werden. Eine Samenspende war bis anhin für kinderlose heterosexuelle Paare erlaubt, jedoch für lesbische Paare nicht. Mit dem neuen Gesetzesartikel soll sie aber auch ihnen ermöglicht werden. Homosexuelle Männer werden somit wiederum benachteiligt, denn die Leihmutterschaft ist in der Schweiz verboten. Ja, wir gönnen doch jedem und jeder das Glück zu zweit und haben volles Verständnis für homosexuelle Beziehungen; damit hat wohl hoffentlich niemand mehr ein Problem. Das reicht nun aber offenbar nicht. In diesen Fällen kann die eingetragene Partnerschaft zum Einsatz kommen. Um das Bild zu wahren, soll nach aussen eine Diskriminierung der Kinder, welche in gleichgeschlechtlichen Beziehungen aufwachsen, vermieden werden. Und wie sieht es im Inneren des Kindes aus? Hat sich das auch schon jemand gefragt? Bei einer Samenspende wird dem Kind die ersten 14 Jahre der Vater, also das männliche Element, vorenthalten, um nicht zu sagen gestohlen. Das Kind darf seinen Samenspender erst danach kennenlernen. Für eine optimale Entwicklung eines Kindes braucht es aber beide Elemente. Die Väter haben zu vielem einen anderen Zugang und lösen Probleme ganz anders als die Mutter. Das kennen wohl alle. Väter erfüllen z.B. nach den ersten drei Lebensjahren die wichtige Funktion der Ablösung des Kindes von der Mutter, was das autonome Bewusstsein des Kindes weckt. Zudem werden Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gefördert. Dies aufgrund eines eher risikoreicheren spielerischen Umgangs, der den Kindern mehr zumutet. Niemand hegt Zweifel an genügend Fürsorge für das Kind. Aber ist es in Ordnung, dem Kind den einen Elternteil so viele Jahre vorzuenthalten? Jeder hat das Bedürfnis, seine Abstammung zu kennen. Der grosse Aufwand, welche adoptierte Kinder als Erwachsene auf sich nehmen, um ihre leiblichen Elternteile zu finden, spricht da Bände. Übrigens müsste dann noch die Priorität der Vergabe von Adoptionen festgelegt werden. Wird dann aus Antidiskriminierungsgründen den gleichgeschlechtlichen Paaren der Vorrang gegeben? Zieht das Klagen von heterosexuellen Paaren nach sich, oder umgekehrt? Dieses Beispiel ist in den USA nicht neu.

«Elternteil 1» und «Elternteil 2»

Bei der Entfernung des Begriffs Vater aus dem ZGB wird es nicht bleiben. Hat ein Kind zwei Mütter, wird wohl auch der Begriff Mutter sterben, denn er wird wie gesagt, durch Elternteil zwei ersetzt. Das ruft früher oder später automatisch nach einem Streit zwischen Nummer eins und zwei. Die traditionelle Familie wird einmal mehr geschwächt. Schlussendlich müssen wahrscheinlich alle das Recht auf Kinder haben. Sind nun alle Paragraphen im Gesetz geregelt, kann die Diskriminierung des Kindes in der Schule vorkommen. Da darf dann nicht mehr nach Mutter und Vater gefragt werden. In den USA ist man da wie üblich schon weiter. In New York City hat eine Schule kürzlich einen Leitfaden für Eltern bezüglich Ausdrücken herausgegeben. Anstatt Mutter und Vater sollen sie die Begriffe Erwachse oder Leute verwenden. Die Begriffe Mädchen und Jungen sollen gendergerecht dem Ausdruck «Menschen» oder ebenfalls «Leute» weichen. Dann kommt der ganze Rattenschwanz der diskriminierenden Ausdrücke aufgrund der sexuellen Orientierung oder

Fortan soll gesetzlich statt vom Vater vom zweiten Elternteil die Rede sein. Bild Pixabay

religiösen Dazugehörigkeit dazu. Dafür steht dieser Schule ein zwölfseitiger Leitfaden zur Verfügung. Tatsache ist bei aller künstlich erzeugten Änderungshektik, dass wir alle nur eine Mutter und einen Vater haben. Nie will ich mir nehmen lassen, meine Mutter und meinen Vater aus Rücksicht auf Minderheiten nicht mehr so nennen zu dürfen. Das hätten sie beileibe nicht verdient. Jahrhundertealte Familienbegriffe werden auf dem Altar des Fortschritts und des LGBTQ+-Kultes geopfert. Das Bundesparlament hat in der Wintersession einem Vorstoss zugestimmt, dass sich jeder Mensch ab 16 Jahren beim Zivilstandsamt unkompliziert in ein anderes Geschlecht einteilen lassen kann. Also vor der RS vom Mann zur Frau und vor der Pensionierung umgekehrt. Randbemerkung: für einen Handyvertrag braucht jemand unter 18 die Unterschrift der Eltern, für die Änderung des Geschlechts jedoch nicht. Ohje, wohin geht die Reise noch? Schöne neue Welt.

AUS DEM KANTONSRAT

Wollt ihr den totalen Klimaschutz?

Die angestrebten Ziele des neuen Energiegesetzes sind grundsätzlich richtig und zukunftsweisend und werden von der SVP mitgetragen. Die Verfeuerung von Erdöl und Erdgas zur Gewinnung von Heizwärme ist ein Anachronismus, der so nicht zukunftsfähig ist.

Christoph Marty
Kantonsrat SVP
Zürich

Erdöl und Erdgas sind wertvolle, sehr vielseitig verwendbare Ressourcen, welche in den letzten 150 Millionen Jahren durch natürliche Prozesse entstanden sind. Noch heute entstehen auf diesem Weg täglich ca. 15 m³ Erdöl. Aber am gleichen Tag werden weltweit ca. 15 Millionen m³ Öl verbraucht. Die Menschheit verbraucht also einen erheblichen Teil der Vorkommen, welche über die Jahrmillionen entstanden sind, innerhalb weniger Generationen zu einem massgeblichen Teil in Öfen und in Verbrennungsmotoren.

Die Probleme beginnen mit der Radikalität der Umsetzung

Ein erheblicher Teil der Gebäudebestände ist deutlich älter als der aktuelle Technologiestandard bei der Wärmegewinnung und mit diesem nicht kompatibel. So brauchen Gebäude, bei denen die Wärme über Radiatoren abgegeben wird, deutlich höhere Vorlauftemperaturen, als mit den als Alternative propagierten elektrisch betriebenen Wärmepumpen Stand heute generiert werden kann.

Es macht keinen Sinn, intakte Infrastrukturen abzubrechen, weil Nachhaltigkeit nur noch über «Klimaschutz» definiert wird. Wie über alle politischen Lager anerkannt, wird sich die Entwicklung schon allein aus Gründen der technischen Evolution in die angestrebte Richtung bewegen. Dem wird zudem kräftig nachgeholfen durch die exorbitante und künstliche Verteuerung der fossilen Brennstoffe über hohe Steuern, welche seit jeher eingefordert und laufend erhöht werden.

Verbieten, verbieten, verbieten

Das Gesetz, in der aktuellen Form, nützt den Menschen nichts und dafür ist es auch nicht vorgesehen. Es soll, wie es dem aktuellen rot-grünen Katechismus entspricht, einem abstrakten Ziel dienen, dem Klima und der damit angeblich untrennbar verbundene Klimakatastrophe.

Das neue Energiegesetz wird Geld kosten. Bezahlen werden die Mieter und die Besitzer von älteren Liegenschaften. Bild unsplash

Dieses neue Energiegesetz basiert auf der Kernkompetenz der Grünen, dem Verfügen von Verboten und der Bevormundung der Menschen. Nachdem die Zürcher Wähler 2019 mit der Wahl der neuen Kantonsregierung die Weichen auf Niedergang gestellt haben, machen sich die neuen Mehrheiten des Kantonsrates daran, ihre Programme umzusetzen. Neben den zwei grünen Einthemenparteien hat der Rest des linken Spektrums samt der FDP an der letzten Kantonsratssitzung den letzten Details des neuen Energiegesetzes des (auch hinter den Ohren) grünen Baudirektors zugestimmt.

Auf dem Buckel der kleinen Leute

Denn eines ist klar. Diese Hauruckübung wird richtig Geld kosten und es ist auch klar, wer dafür aufzukommen hat. Es werden die Mieter und die Eigentümer von älteren Liegenschaften sein.

Man braucht kein Genie zu sein, um zu erkennen, wer den vollen Preis bezahlen wird. Es wird der untere Mittelstand sein.

Darum redete der SP-Sprecher von «langfristiger Sozialpolitik», weil, nachdem die weniger Begüterten geschröpft wurden, wir dann dereinst im Klimaparadies ankommen werden.

Die Klimaerwärmung ist real

Wenden wir uns der grundlegenden Problemstellung zu. Das Klima erwärmt sich seit einigen Jahren unübersehbar und der Klimawandel ist so alt wie unser Planet. Nicht auszuschliessen ist auch, dass die Menschheit, deren Population sich in den letzten 100 Jahren etwa verfünffacht hat, einen Anteil daran hat.

Aber was genau ist das Problem? Von all den Katastrophenszenarien, welche als Folge der Klimaveränderung prognostiziert wurden, ist kein einziges eingetreten und es macht auch nicht den Anschein, dass sich daran etwas ändern wird.

Dennoch hat dieses ganze Klimagedöns mittlerweile die Züge einer Massenpsychose angenommen.

Ein Bürokratiemonster

Sollte das Referendum nicht zustande kommen und sind Sie darauf angewiesen, Ihr Haus auch weiterhin mit Öl oder Gas beheizen zu können, dann sind Sie gut beraten, Ihren Heizkessel (falls nicht praktisch neu) noch dieses Jahr zu ersetzen. Mit dem Inkrafttreten per 2022 können Sie das dann nur noch in absoluten Ausnahmefällen tun. Deutschland hat dank der «Energiewende» nach der letzten Kostenexplosion mittlerweile die höchsten Energiekosten der Welt.

Mit diesem durchideologisierten Energiegesetz macht sich auch der Kanton Zürich auf den Weg nach unten. Es bleibt zu hoffen, dass das Referendum zustande kommen wird und die Zürcher diesem Bürokratiemonster dieselbe Absage erteilen werden, wie das die Aargauer der wesentlich milderen Ausführung ihres Kantons letztes Jahr verfügt haben.

VERHEERENDES FINANZGEBAREN

Verfehlte Nullzins-Strategie

Waren bereits vor Corona die Finanzmärkte ausser Rand und Band, so drucken heute die Notenbanken weltweit Geld, als gäbe es kein Morgen mehr. Das teils über jahrzehnte Ersparte bringt keine Zinsen mehr und die sich heute stark abkühlende Konjunktur droht gänzlich einzubrechen.

René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur

Die Nullzins-Strategie ist für Sparer sowie für viele Pensionskassen ein Fiasko sondergleichen. Alleine in Deutschland haben gemäss deutschem Finanzamt Kleinsparer mit einem maximalen Sparguthaben von 10 000 Euro in den letzten beiden Jahren sagenhafte 650 Milliarden Euro verloren. Und was machen die EU und deren Mitgliedstaaten? Nichts. Aus Furcht, die eigenen Fehler eingestehen zu müssen, fährt man lieber den Wirtschaftsraum EU finanziell und politisch unaufhaltsam an die Wand und gängelt all jene, die sich diesem finanzpolitischen Irrsinn widersetzen oder vor den Folgen dieser Geldvernichtung warnen. Und ob das nicht genug der Untergangsstimmung wäre, verfällt die Brüsseler-Administration einem noch nie dagewesenen Regulierungs- und Vorschriftenwahn, welcher auch noch die letzten positiven Konjunkturschübe im Keime ersticken lässt.

Und die Schweiz?

Und was machen wir, wir, die schweizerische Eidgenossenschaft? Sie werden es erahnen. Auch wir sind auf dem besten Wege, unsere Wirtschaft und die mannigfaltigen KMU-Betriebe wissentlich zu zerstören, weil auch bei uns die Regulierungswut und Bürokratie einhergeht und immer absurdere Gesetze eine liberale Wirtschaft verhindern. Und unsere Nationalbank? Die

Die Nullzins-Strategie bedeutet schlechte Zeiten für Sparer. Bild Pixabay

Zinspolitik der Nationalbank mag kurzfristig für Investitionen gewisse Anreize schaffen, aber Null- oder gar Negativzinsen verzerren nachweislich die Kapitalinvestitionen in Richtung unproduktiver oder blasenanfälliger Anlagen mit wenig Innovationspotenzial. Die rasant steigende Staats- und Unternehmensverschuldung schwächt nachweislich die Kapitalproduktivitäten, sprich die Renditen, was wiederum notwendige, grosse Investitionen in der schon genug gebeutelten Wirtschaft verunmöglicht. Und sollte dereinst gar noch das Energiegesetz angenommen werden, dann wird der damit verbundene Umverteilungswahnsinn zusätzlich den Wirtschaftsstandort Schweiz massiv schwächen.

WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

Warum der April die Innovationen fördert

Der April macht seinem Namen alle Ehre und lässt das Wetter Kapriolen machen. «Der April macht, was er will» heisst denn auch das alt bekannte Sprichwort. Unsere Vorfahren akzeptierten offenbar, dass wir das Wetter nicht beeinflussen können und wir uns entsprechend der Natur anpassen müssen. Wenn es kalt wird, ziehen wir uns warm an, wenn es regnet, zücken wir die Pelerine.

Leider verlernen immer mehr Parteien im übertragenen Sinn diese Strategien. Am liebsten müsste der Staat für alles aufkommen und dafür sorgen, dass es immer schön warm ist, oder einen Schutzschirm aufstellen, damit ja niemand nass wird. Innovation und Unternehmertum funktionieren aber genau umgekehrt. Unternehmen finden Lösungen, wie wir neu auftretende Probleme am besten meistern können.

Die SVP steht für unsere Grundwerte, aber auch für Unternehmertum ein. Beides hat die Schweiz gross gemacht. Als rohstoffarmes Land haben unsere Vorfahren schon früh gemerkt, dass wir nur mit Wissen und «Know-how» weiterkommen. Sie fragten nicht, weshalb wir keine Rohstoffe haben, oder «geschätzte Nachbarländer, gebt uns doch bitte auch ein wenig» – ganz nach dem Gusto der linken Umverteilungspolitik.

Die Schweiz tut gut daran, weiterhin einen klaren Fokus und Vertrauen auf Unternehmertum zu setzen. Ganz nach dem Motto: Wer will, findet Wege, wer nicht will, sucht Gründe. Das wünsche ich mir auch für die Politik!

von Martin Hübscher

EINE VORTEILHAFTE LÖSUNG

Kantonsrat bewilligt Kredit für die Kantonsschule Limmattal

Für die Erstellung des Erweiterungsbaus, den Umbau der Bestandesbauten und den Um- und Rückbau der provisorischen Sporthallen der Kantonsschule Limmattal in Urdorf hat der Kantonsrat einen Kredit von über 80 Millionen Franken bewilligt.

Barbara Grüter
Kantonsrätin SVP
Rorbas

Der Bau ist auch in der SVP unumstritten und stellt sowohl in wirtschaftlicher als auch in architektonischer Sicht eine vorteilhafte Lösung dar. Wir werden aber künftig an unseren Erwartungen, Ansprüchen und Standards arbeiten müssen.

Wir müssen überdenken, ob solche mächtigen, luxuriösen und kostspieligen Bauten im Sinne der Kantonsfinanzen noch zeitgemäss sind.

Der Kanton Zürich mag 2020 noch gut abgeschnitten haben, aber aufgrund der Corona-Misere – und alles was in diesem Zusammenhang noch folgen wird – werden wir in Zukunft mindestens etwas auf die Ausgaben-Bremse treten müssen.

Die Kantonsschule Limmattal ist renovationsbedürftig. Bild André Bender, Kantonsrat

Zukunftsaussichten

Damit künftig weiter Schulraum gebaut werden kann, ja überhaupt im öffentlichen Bereich gebaut werden kann, müssen die Standards so überarbeitet werden, dass sie den Erwartungen im ökologischen und ökonomischen Bereich entsprechen, aber auch vom Kanton finanzierbar sind. Es muss abgewogen werden, was wirklich notwendig ist und auf welchen Luxus man im genügsamen Sinne auch verzichten könnte.

Braucht es wirklich diese steten und in sich teuren Projekt-Wettbewerbe, Spatenstich-Anlässe, Aufrichtungen und oft teuren und langwierigen Verwaltungsverfahren? Wird eigentlich noch seriös zwischen gebundenen und ungebundenen Ausgaben unterschieden?

Würden wir die Bau-Standards überdenken und mit ein wenig Bescheidenheit anpassen, könnten wir bei jedem noch folgenden Projekt immerhin etwas einsparen. In der Summe aller noch geplanten Projekte würde sich das positiv auf die Kantonsfinanzen auswirken.

Es ist nicht unbedingt nötig, immer das Neueste, Innovativste oder Exquisiteste zu haben. Nur schon darum, weil sich der grösste Teil der privaten Steuerzahler das auch nicht leisten kann.

In diesem Sinne hoffen wir auch als Steuerzahler auf überarbeitete Standards im Kanton Zürich. Im Sinne und zugunsten unseres Staatshaushaltes.

KV-REFORM 2022

Berufsausbildung wird fachlich ausgehöhlt

Der radikale Umbau der KV-Ausbildung mit dem Projekt «Kaufleute 2022» könnte ein schwerer Schlag für die bisher weltweit erfolgreiche Schweizer Berufsausbildung werden, wenn die sogenannte «Kompetenzorientierung» mit dem «selbstgesteuerten Lernen» (SOL), wie wir sie vom umstrittenen Lehrplan 21 kennen, auch in anderen Berufen «Schule machen» sollte.

Hinter verschlossenen Türen wird schon seit längerer Zeit an der KV-Reform 2022 gearbeitet, selbst die dortigen Lehrer erfahren kaum etwas.

Die KV-Lehrkräfte können bei der Reform auch nicht mitreden; verschiedene Zürcher KV-Schulen sollen ihnen

«Was trotzdem durchsickert, gibt zu ernsthaften Bedenken Anlass.»

einen Maulkorb verpasst haben, damit sie sich nicht kritisch zum Projekt «Kaufleute 2022» äussern können. Was trotzdem durchsickert, gibt zu ernsthaften Bedenken Anlass.

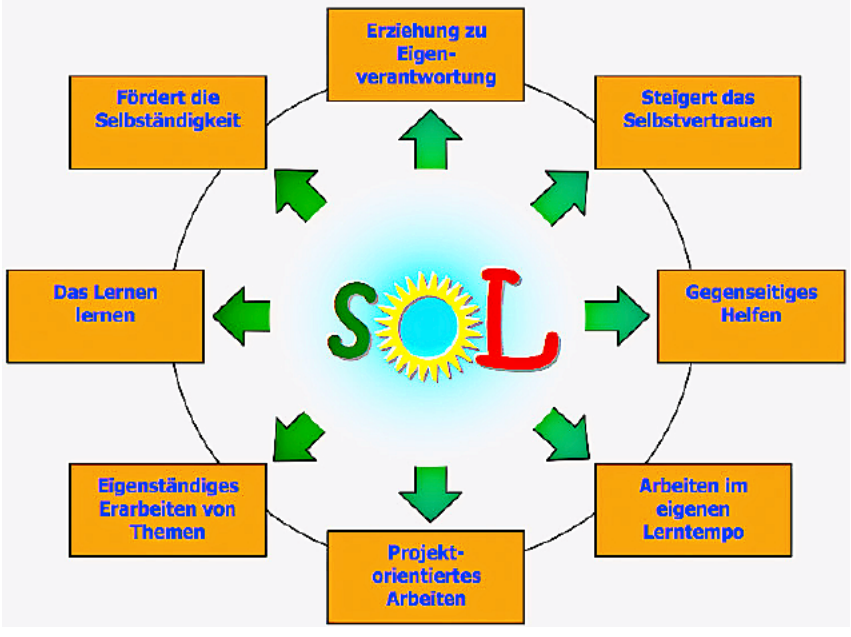
Die Reform «Kaufleute 2022» soll KV-Abgänger angeblich «Fit für die Zukunft» machen.

Pikant: Die KV-Lehrkräfte stehen zwar im Klassenzimmer, können bei der Reform jedoch nicht mitreden. Bild Wikipedia

Nonverbale Signale und Small Talk statt Fachwissen

Die Promotoren der Reform wollen «kein Wissen auf Vorrat» mehr vermitteln. Fachkompetenz sei nicht mehr in erster Linie gefragt. Statt eines breiten, kaufmännischen Fundaments sollen neu Handlungskompetenzen aufgebaut werden.

Damit ist zum Beispiel gemeint, dass die Lernenden ein «persönliches Netzwerk aufbauen» oder «nonverbale Signale interpretieren» können müssen. Sogar «Small Talk» ist ein Lernziel. Der KV-Lehrling schlüpfe in die Rolle eines «agilen Vermittlers», was immer das sein soll. Deshalb sollen sie anstelle der bisherigen klassischen Fächer, diffuse «Handlungskompetenzen» wie «Handeln in agilen Arbeits- und Organisationsformen» oder «Interagieren in einem vernetzten Arbeitsumfeld» erwerben.



«Selbstgesteuertes Lernen» SOL. Illustration zVg

Abbau von Grundlagenfächern

Entsprechend ist der Bildungsplanentwurf aufgebaut: Rechnungswesen (Buchhaltung) oder Volkswirtschaftslehre würden nur noch marginal behandelt, die Aktiengesellschaft wäre kein Lernziel mehr. Das Fach Deutsch gibt es nicht mehr. Überhaupt werden Fächer abgeschafft und durch schwammige Handlungsfelder ersetzt. Das Fach Französisch sollte ein Freifach werden. Im Bereich Informatik geht es vor allem um Anwendungen. Hauptfächer wie Buchhaltung sollen abgewählt werden können. KV-Lehrer befürchten deswegen einen massiven Abbau von Grundlagenwissen und Fachkompetenzen.

Wie diese «Lernziele» konkret erreicht werden sollen, ist unklar. Die Schulen wurden bei der Ausarbeitung des Bildungsplans weitgehend aussen vor gelassen. Zwar wurden nachträglich ein paar Kommissionen mit Lehrpersonen eingesetzt, erste Sitzungen seien aber einigermassen enttäuschend verlaufen. Obwohl die Reform, wenn sie so kommt, massive Veränderungen für die Lehrpersonen brächte, wurden und werden diese nur wenig in den Reformprozess einbezogen.

Lehrbetriebe müssten Lehrlinge auch in allgemeinen Fächern ausbilden

Das bedeutet, dass die Lehrbetriebe ihre Lehrlinge in nicht gewählten oder abgeschafften Fächern selber ausbilden müssten. Die Hauptfächer bilden die unerlässlichen Grundkompetenzen im kaufmännischen Beruf, auf die kein Betrieb verzichten kann. Speziell die KMU sind auf die KV-Allrounder-Kenntnisse (Buchhaltung, Deutschkorrespondenz usw.) angewiesen, weil sie sich nicht teure Spezialisten für jedes Gebiet leisten können.

Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Ob dieser so reformierte Unterricht – für Lehrlinge, Handelslehrer oder Germanisten – noch attraktiv ist, wird man sehen. Leistungsstarke Lehrlinge können auch ans Gymnasium gehen oder einen anderen Beruf beispielsweise Mediamatiker ergreifen. Gut ausgebildete Kaufmännische Angestellte dürften dann auf dem Arbeitsmarkt

«Mit der geplanten À-la-carte-Ausbildung wird das bisher allgemein anerkannte Eidgenössische Fähigkeitszeugnis zu einem wertlosen Stück Papier.»

nur noch schwer zu finden sein. Unserer Jugend droht mit der Schmalspurausbildung höhere Arbeitslosigkeit und den Firmen eine tiefere Wertschöpfung.

À-la-carte-Ausbildung würde Kaufmännische Lehre unattraktiv machen

Die kaufmännische Lehre ist mit Abstand die beliebteste Berufslehre der Schweiz. Über 13 000 Jugendliche starteten 2019 eine Ausbildung in einer der 21 KV-Branchen. Jetzt soll ausgerechnet diese erfolgreiche Berufslehre mit der Radikalreform «Kaufleute 2022» total umgebaut werden.

Mit düsteren Zukunftsszenarien wie die angeblich durch Digitalisierung gefährdeten 100 000 Bürostellen soll der Boden für diese Radikalreform vorbereitet werden. So etwas wurde schon in den Anfängen der Digitalisierung mit dem sogenannten «papierlosen Büro» prophezeit, was dann im Gegenteil zur heutigen gewaltigen Papierflut geführt hat.

Mit der geplanten À-la-carte-Ausbildung wird das bisher allgemein anerkannte Eidgenössische Fähigkeitszeugnis zu einem wertlosen Stück Papier. Damit sehen nicht nur die Lehrpersonen schwarz für die Zukunft. Jetzt wäre es noch Zeit, für Gewerbe und KMU Einfluss auf die Reform zu nehmen. Ist die Reform einmal eingeführt, lässt sie sich kaum mehr aufhalten.

Peter Aebersold
Alt Gemeinderat SVP, Zürich

DIE ANDERE SEITE VON ...

Lorenz Habicher

Politische Tätigkeit: Kantonsrat SVP Zürich, Präsident SVP Stadt Zürich Kreis 9, Vorstandsmitglied Verein für Aktive Senioren
Ortspartei: Stadt Zürich Kreis 9

Geboren am: 15. Mai 1968
Sternzeichen: Stier
Beruf: Betriebselektriker/Fachspezialist Instandhaltung Elektro, Flughafen Zürich AG
Hobby(s): Reisen, Fotografieren, Wandern, Lesen
Grösse: 187 cm
Augenfarbe: Braun
Lieblingsgetränk: Bier
Lieblingsessen: Scharf und abwechslungsreich – mit Fleisch, Fisch und Gemüse
Lieblingslektüre: Ljudmila Ulitzkaja (Olgas Haus, Die Lügen der Frauen, Sonetschka, Ein fröhliches Begräbnis, Reise in den siebenten Himmel)
Lieblingsmusik: Sabaton (Swedish Pagans, Carolus Rex, Bismarck, Livgardet)
Was niemand von mir weiss: Dass ich in meiner Jugend schon zweimal ein Fahrzeug auf die Seite gelegt habe und ausser ein paar Kratzern jeweils nur der Aussenspiegel zu Bruch ging.
Damit kann man mir eine Freude machen: Gemeinsames Essen, eine Flasche Wein und gute Gespräche über Gott und die Welt.
Mein Wunsch für die Zukunft: Ich wünsche mir mehr SVP mit einer klaren Linie in Bund, Kanton und Gemeinde.

Auf einer Wanderung im Val S-charl, Unterengadin.

LESERBRIEF

Alimentierungsprobleme Schweizer Armee

In der neusten Ausgabe Nr. 13 des Zürcher Bote gibt es einen interessanten Artikel mit dem Titel Alimentierungsprobleme der Schweizer Armee von Michael Trachsel. Als SVP-Parteimitglied aus Hombrechtikon bin ich ein treuer Leser des Blattes. Aber lange bevor ich der SVP beigetreten bin und auch Schweizer Bürger wurde, war ich Panzerkommandant in der United States Army.

Es fiel mir deshalb sofort auf, dass dieser Artikel mit einer Zeichnung eines unverwechselbaren US M1A1 Panzers untermalt wurde, der sich unterscheidet von den (auch) wundervollen Panzern, die Teil unserer Schweizer Armee sind. Ich vermute, ich bin nicht der einzige, der dies bemerkt hat, aber ich fühlte mich trotzdem dazu veranlasst, zu schreiben.

Danke für eine tolle Zeitung, ich freue mich auf jede Ausgabe!

John M. Walker
Hombrechtikon

Der Schweizer Leo 2 Pz 87. Bild zVg (zero cost picture)

FAKTENCHECK

Systematische Unterbewertung von Zürcher Immobilien – wirklich?

Das Verwaltungsgericht Zürich geht von systematisch zu tiefen Verkehrswerten/Vermögenssteuerwerten von Immobilien aus und fordert den Regierungsrat zur Änderung der Weisung auf. Zuvor dürfte sich aber noch das Bundesgericht äussern.

Artur Terekhov, MLaw
Vorstand SVP
Zürich 11

Im November 2020 fällte das Zürcher Verwaltungsgericht (höchste kantonale Instanz) ein grundsätzliches Urteil. Darin hielt es fest, dass im Kanton Zürich seit Längerem die Verkehrs- oder Ertragswerte von Immobilien für die Vermögenssteuer systematisch zu tief und daher gesetzes- und verfassungswidrig seien. Dies, weil die massgebliche Weisung letztmals 2009 angepasst worden sei und sich seither die Immobilienpreise verändert hätten. Allerdings stehe es dem Verwaltungsgericht aus Gründen der Gewaltenteilung nicht zu, die Vermögenssteuerwerte eigenmächtig zu erhöhen, womit der Regierungsrat aufgefordert wurde, die entsprechende Weisung über die Grundstückbewertung zu ändern (Geschäftsnr. SB.2020.00088). Jenes Urteil erwuchs unangefochten in Rechtskraft. Trotzdem ist die Sache damit noch lange nicht erledigt.

Im Kantonsrat wurde aus SP/Grüne/AL-Kreisen eine Anfrage eingereicht, um dem Regierungsrat Druck zu machen, doch endlich für eine höhere Besteuerung von Immobilieneigentümern zu sorgen. Der Regierungsrat seinerseits antwortete, er würde gerne die Formeln in der Weisung über die Grundstückbewertung nach oben anheben und werde hierzu ein Marktgutachten in Auftrag geben (KR-Nr. 395/2020). Niklaus Scherr/AL, der für den Mieterverband bereits öfters ans Bundesgericht gelangt ist, um eine höhere Besteuerung von Immobilieneigentümern zu erwirken, hingegen kann es nicht schnell genug gehen. Nachdem das Verwaltungsgericht auf eine Beschwerde seinerseits nicht eingetreten war, zog er im Februar das Urteil ans Bundesgericht weiter, um dem Regierungsrat Beine zu machen.

Zwei Zürcher Fälle vor Bundesgericht

Der Autor seinerseits hat im Rahmen seiner geschäftlichen Tätigkeit – ebenso im Feb. 2021 – ein verwaltungsgerichtliches Urteil für eine Klientin (Eigentümerin eines Mehrfamilienhauses in Zürich-Altstetten) gleichsam ans Bundesgericht weitergezogen. Die darin vertretenen Standpunkte dürften in einigen Aspekten jenen von Niklaus Scherr deutlich widersprechen. Bevor der Regierungsrat die von ihm geplante, weisungsmässige Erhöhung der Vermögenssteuerwerte von Immobilien vornimmt, wird sich das Bundesgericht also noch in zwei Fällen zur Zürcher Rechtslage äussern müssen.

Jene Urteile dürften mithin wesentlich für den weiteren Zürcher Rechtsetzungsprozess sein. Denn zumindest in der durch den Autor dieser Zeilen eingereichten Beschwerde macht die betroffene Immobilieneigentümerin geltend, der Regierungsrat könne zwar die Immobilienbewertungsformeln in der Weisung selbstständig anpassen. Soweit zudem aber noch einzelfallweise durch Individualschätzung (bei angeblich zu tiefen Formelwerten) der Verkehrswert angehoben werden solle, sei dafür zwingend eine Änderung des kantonalen Steuergesetzes erforderlich, zumal dessen § 39 StG ZH keine genügende Grundlage für Höherschätzungen vorsehe. Wenn das Bundesgericht dieser Ansicht (hoffentlich) folgt, könnte also nicht der Regierungsrat alleine handeln, sondern müsste der Kantonsrat eine referendumsfähige Gesetzesänderung erlassen.

Darüber hinaus stellt sich ganz grundsätzlich die Frage, wie sinnhaft das Urteil des Verwaltungsgericht Zürich denn überhaupt ist. Das höchste kantonale Gericht behauptet darin, seit 2009 habe sich der Immobilienmarkt deutlich hin zu höheren Preisen verändert, weshalb im Kanton Zürich wohl eine flächendeckende Unterbewertung von Immobilien bestehe. Eine derart pauschale Annahme für den ganzen Kanton mit mehr als 1 Mio. EinwohnerInnen ist nun offen gestanden realitätsfremd. Die Unterstellung des Verwaltungsgerichts mag zwar für die Seebezirke Horgen und Meilen oder den Zürichberg zutreffen. Dort, wo viele Richterinnen und Richter ihren Privatwohnsitz haben. Dasselbe im Landbezirk Andelfingen oder in Zürich Altstetten anzunehmen, ist dann aber zumindest fraglich. Bleibt also zu hoffen, dass das Bundesgericht in casu genau hinschaut.

Wie viel Wert eine Immobilie hat bzw. wie stark ihr Wert über die Jahre gestiegen ist, hängt wohl stark von der konkreten Lage ab. Bild Pixabay

Allerlei

Eine «centrale» Fehlleistung

Mit der Aufhebung des Parkhauses Central hat der Zürcher Stadtrat in der Verkehrspolitik einmal mehr eine «centrale» Fehlleistung begangen.

Bild Pixabay

Laut einer Medienmitteilung der Abteilung Liegenschaften der Stadt Zürich wird das Parkhaus Central am Seilergraben geschlossen. Hohe Kosten und neue Auflagen – die man notabene gleich selbst geschaffen hat – würden eine Sanierung verunmöglichen. Aber man sei ja glücklich, die den historischen Kompromiss betreffenden 30 Parkplätze ins «nahe gelegene» Parkhaus Urania zu verlegen.

Wie bitte? Die genaue Fahrdistanz vom Central zum Urania beträgt über sechs Minuten und gemäss «google maps» rund 1,9 Kilometer. Das ist gerade für gehbehinderte Menschen eine Zumutung. Offenbar ist Diskriminierung in diesem Fall nichts Schlimmes, denn im Dienste der rot-grünen Verkehrspolitik der strategischen Angebotsverknappung ist offensichtlich alles erlaubt.

Wer aus dem Norden Zürichs einmal mit dem Auto nahe beim Niederdorf parkieren möchte, kann dies jetzt nicht mehr. Auf der rechten Limmatseite ist nur noch das Parkhaus Promenade einigermassen angrenzend. Und man fragt sich, wie der zuständige grüne Stadtrat Daniel Leupi im Parkhaus Urania plötzlich einfach 30 Parkplätze mehr aus dem Hut zaubern kann. Dass konnte nur durch Aufhebung von Dauermietparkplätzten geschehen. Durch die Angebotsverknappung und die damit verbundene Preiserhöhung hat man die Dauerparkierer verjagt und vertrieben.

Der Abbau von Parkplätzen führt zu massiver Kaufkraft-Abwanderung in die Einkaufszentren in der Agglomeration. Eine genügende Zahl oberirdischer und unterirdischer Parkplätze für Gewerbe, Fachgeschäfte und Dienstleistungsbetriebe sind in Zürich notwendig. Aber Zürich bleibt lieber auto- und damit auch tourismusfeindlich. An einem so attraktiven Standort müsste man das Angebot eher ausbauen als verknappen. Dies zum allseitigen Nutzen und nicht zuletzt sogar zum Wohle der Stadtkasse.

NACHHALTIGES PALMÖL?

Wichtig ist die Grösse der Produktionsflächen

Bei der Abstimmung über das Freihandelsabkommen mit Indonesien spielte das Palmöl eine wichtige Rolle. Bereits heute wird es in der Schweiz vielfach gemieden; auch dank heimischem Rapsöl. Wo und wie auch immer man den Urwald weltweit schonen will: Ein klares Bekenntnis zu einer inländisch starken, effizient produzierenden Schweizer Landwirtschaft trägt dazu bei.

RoMü. Mit einem strengen Regime will der Bund im Rahmen des Freihandelsabkommen mit Indonesien dafür sorgen, dass der Import vom umstrittenen Palmöl an strenge Auflagen geknüpft wird.

Dies soll sicherstellen, dass das importierte pflanzliche Fett aus einer nachhaltigen Produktion stammt. Damit stellt sich einmal mehr die Grundsatzfrage, ob in einem globalen Markt mit steigender Nachfrage und Produktion mit nicht schritthaltender massiver Mehrproduktion wirklich eine nachhaltige Produktion möglich ist. Diese Entwicklung benötigt laufend zusätzliche Flächen von enormem Ausmass, auf welche die Schweizer Vorgaben keinerlei Einfluss haben.

Dafür werden aber nicht Wüsten, sondern vor allem riesige Urwaldflächen gerodet. Das im Scheinwerferlicht stehende Palmöl ist dabei nur eines der Produkte, welche wesentlich zum Raubbau beiträgt. Dazu gehören auch verschiedene boomende Südfrüchte wie Mango, Passionsfrucht und weitere, welche teilweise nur mit intensiven Bewässerungen angebaut werden können.

Gesamtimport nimmt ab

Im vergangenen Jahr hat die Schweiz 21 308 Tonnen Palmöl für 21,879 Mio. Franken importiert. Zugleich sind weitere 11 687 Tonnen Kokos-, Palmkern- und Babassuöl für 21,607 Mio. Franken eingeführt worden.

Palmöl wird primär aus dem Fruchtfleisch der Ölpalme gewonnen. Bei einem Ertrag von 3,3 bis 3,8 Tonnen Palmöl pro Hektare entspricht dies einer Anbaufläche von rund 6500 ha. Aufgrund des eher zwielichtigen Images verzichten in der Schweiz aber immer mehr auf dieses Öl sowie Speisefett und setzen auf einheimische Ölsaaten; insbesondere Raps.

Die Importe in den letzten Jahren sind daher tendenziell am Sinken. Doch hier zeigen sich bereits in der Schweiz die Grenzen, indem die Anbaumöglichkeiten auch von konventionellen Raps ausgereizt sind, da dieser im Biolandbau kaum produziert werden kann. Zugleich zeigt sich, dass die hiesige Kulturlandfläche von verschiedenen Seiten unter Druck steht.

Die weiterhin wachsende Bevölkerung verlangt immer mehr Wohnraum und Verkehrsfläche. Ebenso werden immer mehr Flächen für Naturschutz- und Aufwertungsmassnahmen beansprucht und der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen.

Jede somit verschwundene oder extensivierte Hektare Kulturland muss dann irgendwo auf diesen Globus kompensiert oder intensiviert werden, damit die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gewährleistet ist.

Gigantische Anbauflächen

Allein in Indonesien werden auf Plantagen auf einer Fläche von 11,7 Mio. Hektaren die Früchte für das Palmöl produziert. Man geht davon aus, dass die Fläche jährlich durch Rodungen von Urwaldflächen um 500 000 bis 1 Mio. Hektaren steigt, um der global wachsenden Nachfrage gerecht zu werden. Diese jährlich steigende Fläche entspricht knapp der gesamten Schweizer landwirtschaftlichen Nutzfläche. Auch ausserhalb der nationalen Importauflagen und versteckt in importierten Halb- oder Fertigprodukten gelangt überdies immer mehr pflanzliches Fett und Öl aller Art in die Schweiz.

Eine eingeschränkte nachhaltige Produktion beispielsweise von Palmöl verdrängt bei weiterhin steigender Nachfrage und Absatz einfach die bisherige Produktion auf diesen Flächen und verlagert diese auf andere zusätzlich zu schaffende Produktionsflächen. Dies macht dann wieder zusätzliche Urwaldrodungen nötig und somit wird einfach eine indirekte negative Folge einer nachhaltigen Produktion auslöst. Nachhaltig können Palmöl und viele andere Produkte wie beispielsweise Soja grundsätzlich erst produziert werden, wenn die gesamte Nachfrage sinkt, damit die Anbaufläche stagniert oder gar wieder zugunsten von Urwaldflächen schrumpft.

Nachhaltige Produktion wird primär dadurch bewerkstelligt, dass jedes Land zuerst seine vorhandenen Ressourcen an Kulturland vollständig nutzt, um möglichst viele Nahrungsmittel effizient auf eigenem Boden zu produzieren. In der Schweiz produziertes Rapsöl zählt dazu. Bild zVg

Fadegrad

von
Susanne Brunner

Rot-grünes Wetterleuchten?

Vor zwei Wochen meinte man, ein rot-grünes Wetterleuchten im Zürcher Gemeinderat beobachten zu können. Ist bei der linken Mehrheit die Vernunft eingekehrt? Mit der Geschäftsordnung des Gemeinderates behandelten wir die Regeln, wie das Parlament organisiert ist. Im Januar 2020 erlitt Links-Grün eine empfindliche Niederlage. Die Genderpolizei wurde vom Bezirksrat gestoppt. Das bedeutete, dass Vorstösse der Gemeinderäte nicht mehr auf Gendersprache kontrolliert und Nachbesserungen erzwungen werden konnten. Dies bedauerten insbesondere Vertreterinnen der SP und Vertreter der AL zutiefst. Sie drohten denn auch, das Erfordernis einer «gendergerechten Sprache» in die Geschäftsordnung des Gemeinderates aufzunehmen.

Die AL stellte nun den entsprechenden Antrag. Dieser fand jedoch keine Unterstützung bei der SP und den Grünen, wie auch nicht bei den anderen Parteien. Der Gemeinderat lehnte die Genderpolizei mit erdrückender Mehrheit ab. Das ist historisch! Links-Grün hat gegen die Gendersprache gestimmt! Hat die linke Mehrheit dazugelernt? Früher kämpfte sie missionarisch für ihre Sprachregeln.

Konnte es sein, dass die linke Mehrheit erkannt hat, wie wichtig Sprache in der Demokratie ist? Wie wichtig die freie Sprache und das freie Wort sind? Hat die linke Mehrheit erkannt, dass sie einer Minderheit ihre Sprache nicht aufzwingen darf? Hat sie erkannt, dass «gendern» mit substantivierten Partizipien, mit Genderstern, mit Binnen-I, Unterstrich o.ä. kein korrektes Deutsch mehr ist? Hat die Linke erkannt, dass Gendersprache keinen Beitrag leistet zur Gleichstellung? Dass ein Verfassungsartikel, das Frauenstimmrecht oder das Burkaverbot wirklich etwas in Sachen Gleichstellung leisten, unkorrektes Deutsch aber nicht? Hat die linke Mehrheit erkannt, dass die deutsche Sprache sperrig und unverständlich wird, wenn man durchgehend, immer und überall gendert? Hat die linke Mehrheit gemerkt, dass sich die Mehrheit der Leute nicht um Gendersprache schert? Dass sich die Leute im Gegenteil daran stören? So viel Erkenntnis bei den Linken und das in so kurzer Zeit? Das können wir kaum glauben!

Doch warum lässt die Linke ein ihr wichtiges Anliegen fallen? Die Antwort ist: Wir sind im Wahlkampf. Hätte Links-Grün die Genderpolizei erneut installiert, ich hätte sie wieder bekämpft, mit allen Mitteln. Ein tolles Geschenk im Wahlkampf! Das wussten SP und Grüne. Und sie fürchteten sich davor. Der SP-Sprecher lieferte grad noch den Beweis. Er sagte, die SP verfechte die Gendersprache nach wie vor mit Überzeugung, aber «wir wollen das Gstürm nicht noch einmal». Das zeigt uns zweierlei: Erstens, kein Wetterleuchten der Vernunft bei Links-Grün, und zweitens, was die SP von Demokratie hält: Wenn eine Minderheit für demokratisches Recht kämpft, dann ist das ein «Gstürm».

AUSZUG FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP ZUM KOMMUNALEN RICHTPLAN SIEDLUNG, LANDSCHAFT, ÖFFENTLICHE BAUTEN UND ANLAGEN (SLÖBA)

Für ein modernes, attraktives Zürich als Wirtschaftsplatz und Wohnort

Die SVP weist den kommunalen Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen an den Stadtrat zurück. Die Vorlage ist ideologisch geprägt, widerspricht in verschiedenen Punkten geltendem Bundesrecht und will die Stadt Zürich gegen aussen abschotten. Die SVP kämpft für eine moderne, offene Stadt Zürich, die als Wirtschaftsplatz und Wohnort gleichermassen attraktiv bleibt.

svp. Der revidierte kantonale Richtplan sieht die Stadt Zürich als Schwerpunkt für die Innenentwicklung – d.h. Verdichtung – vor. Eine Aufgabe, welche unsere Stadt mit Blick auf die ungebremste Zuwanderung und das starke Bevölkerungswachstum vor grosse Herausforderungen stellt.

Die Abschottungspolitik der linken Parteien lehnen wir ab. Die Zielsetzungen dieser Parteien würden die Stadt Zürich direkt ins Zeitalter der Pfahlbauer zurückwerfen.

– Sie wollen die Verkehrsinfrastruktur abbauen. Automobilisten sind in Zürich generell unerwünscht. Mit Verkehrshindernissen, willkürlichen Tempobeschränkungen und dem steten Abbau von Parkmöglichkeiten soll die Stadt für Arbeitnehmer, aber auch Gewerbebetriebe und Dienstleistungsunternehmen unattraktiv gemacht werden.

– Den Linken ist die Zentrumsfunktion von Zürich unsympathisch. Es wäre ihnen lieber, die Stadt wäre eine einzige Wohn- und Grünzone. Arbeitsplätze sollen abgebaut werden, da solche ja zu mehr Verkehr führen.

– Besorgniserregend sind die geplanten Einschränkungen der Grundrechte. Nicht nur die Bewegungsfreiheit und die freie Wahl der Verkehrsmittel sollen eingeschränkt werden. Auch der Schutz des Privateigentums wird relativiert. Vor allem Hauseigentümer sind davon betroffen. Auswüchse, welche es in einem modernen, liberalen Rechtsstaat mit aller Kraft zu bekämpfen gilt.

Wenn es nach dem Willen von Links-Grün geht, können in derartigen Stadtzürcher Vorgärten Krethi und Plethi Platz nehmen. Bild Pixabay

Zurück auf Feld eins

Mit Blick auf die aktuelle Vorlage ist klar: Der Stadtrat muss zurück auf Feld eins, also zurück zum Status quo. Es ja nicht so, dass nichts gemacht wird – im Gegenteil. Etliche Massnahmen wurden längst in die Wege geleitet. Zum Beispiel, dass bei Neubauten die Kühlluftzufuhr in die Stadt gewährleistet wird, dass vermehrt Bäume gepflanzt werden, dass mehr Platz auf den Fussverkehr und die Aufenthaltsqualität gesetzt wird und mehr entsiegelt wird. Das Ziel der Verdichtung wird bereits in der Bau- und Zonenordnung geregelt, dafür braucht es keinen zusätzlichen Siedlungsrichtplan. Es ist zudem realitätsfremd, dass man wenn man für hunderttausend mehr Einwohner planen muss, ständig betont, dass der Platz begrenzt sei, aber trotzdem die ganze Zeit über mehr Freiräume spricht.

Woher diese «neuen Flächen» für Freiräume kommen sollen, ist höchst fraglich. Letztlich wird das nur möglich sein in Zusammenarbeit mit Privaten. Hier jedoch ist die Stadt auf Freiwilligkeit angewiesen. Sonst liefe das auf Enteignungen hinaus, was bundesrechtswidrig ist. Private Grundeigentümer sollen ihre Freiräume für die Bevölkerung zugänglich machen, heisst es lapidar. So sollen private Spielplätze der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Für den Unterhalt jedoch sollen die Inhaber weiterhin selbst zuständig sein. Ohne das angestrebte Mitwirken der privaten Grundeigentümer bleibt der Richtplan toter Buchstabe. Er ist schlicht nicht umsetzbar. Die Illusion, dass man Haus- und Grundeigentümer enteignen könnte, wenn sie nicht parieren, wird spätestens vor den zuständigen Gerichten enden. Auch die Stadt Zürich muss sich an die geltende schweizerische Rechtsordnung halten. Die Eigentumsgarantie ist Verfassungsrecht – und dies gilt bekanntlich auch in Zürich.

Mit unserer Rückweisung fordern wir den Stadtrat auf, einen praxistauglichen Richtplan auszuarbeiten, welcher die geltende Rechtsordnung beachtet. Auf Enteignungen ist konsequent zu verzichten. Sodann muss sich der Richtplan auf die realistischen Szenarien der Bevölkerungsentwicklung ausrichten: Wer nichts gegen die stete Zuwanderung unternehmen will, muss mindestens die Stadtplanung so ausrichten, dass sie die entsprechenden Konsequenzen bewältigen kann.

Der Vorschlag für den Richtplan, wie er jetzt auf dem Tisch liegt, ist unrealistisch und bringt massive Mehrkosten mit sich. Wir wollen kein mittelalterliches Zürich, das sich gegen aussen abschottet: Wir wollen eine moderne, offene Stadt, die als Wirtschaftsplatz und Wohnort attraktiv ist. Darum sagen wir klar NEIN zu diesen linken Fantastereien.

WAS MACHT EIGENTLICH EINE STATTHALTERIN?

Karin Egli über die Schulter geschaut

Führungserfahrung, Menschenkenntnis und ein funktionierendes Netzwerk sind wichtig, um das politische Amt von Karin Egli zu bekleiden. Ihr Werdegang hat die Winterthurerin für diese Aufgabe prädestiniert, wie im Gespräch mit dem Zürcher Bote klar wird.

Statthalter bzw. Statthalterin klingt als Begriff ziemlich abstrakt. Auch die kantonale Homepage führt kaum zu einem Aha-Erlebnis: «Das Statthalteramt ist Aufsichts- und Rechtsmittelinstanz.» Wie lautet Ihr Job-Beschrieb in zwei oder drei kurzen Sätzen?

Zuerst einmal muss ich konkretisieren: Ich bin Statthalterin und Bezirksratspräsidentin des Bezirks Winterthur. Das sind zwei verschiedene Ämter in einer Person.

Das Statthalteramt ist für den Vollzug des Übertretungsstrafrechts verantwortlich, ist auch Aufsichtsbehörde über die Stadt- und Gemeindepolizeien, die Feuerwehren, die Feuerpolizei sowie das Strassenwesen der Gemeinden. Wir sind zuständig für die Beurteilung von Rekursen gegen Beschlüsse der Gemeindebehörden in verschiedenen Belangen und für die Erteilung von Waffentragscheinen als auch für die administrative Beschlagnahmung oder Einziehung von Waffen.

Der Bezirksrat, welcher sich im Bezirk Winterthur aus fünf Mitgliedern inkl. mir als Präsidentin zusammensetzt, ist Rechtsmittelinstanz für Anordnungen der Gemeinden und der KESB.

Wir beaufsichtigen die Gemeinden (Visitationen und Prüfung der Jahresrechnungen), öffentlichrechtliche Körperschaften und Stiftungen, sind Wahlbehörde der Bezirksbehörden und Bewilligungsinstanz bei Grundstückserwerb durch Personen im Ausland (Lex Koller). Die Aufzählung ist nicht abschliessend. Sie sehen aber, dass zwei/drei kurze Sätze für die Beschreibung der Aufgaben nicht ausreichen.

Stimmt unser Eindruck, dass die Bezirksstatthalterin vorwiegend hinter den Kulissen agiert? Medienwirksame Auftritte sind die Ausnahme und nicht die Regel. Woran liegt diese Zurückhaltung?

Wir sind eine Vollzugsbehörde sowie Gerichtsinstanz und da liegt es in der Natur der Sache, dass wir unsere Arbeit nicht offenlegen und kommunizieren. Wir veröffentlichen Medienmitteilungen bei Entscheiden von öffentlichem Interesse.

Schliesslich sind wir auch an das Amtsgeheimnis gebunden.

Gleichwohl ist das Amt mit weitreichenden Kompetenzen verbunden. Erinnert sei z.B. daran, dass der damalige Needle-Park am Zürcher Platzspitz auf Weisung des Statthalters geschlossen wurde. Wann mussten Sie seit Ihrem Antritt 2017 ein Machtwort sprechen?

Die Platzspitzräumung war vor 30 Jahren und sicher eine aussergewöhnliche Situation. Ich übe keine Macht aus, sondern erledige zusammen mit zehn Mitarbeitenden und den Bezirksratsmitgliedern die uns vom Staat zugeteilten Aufgaben nach den gesetzlichen Vorgaben.

Wie wird man Bezirksstatthalterin bzw. welche Qualifikationen sollte man mitbringen?

Statthalterin/Bezirksratspräsidentin ist (immer noch) ein politisches Amt. Man wird von der Partei vorgeschlagen und vom Bürger gewählt.

Juristische Kenntnisse sind ein grosser Vorteil, zudem sollte eine politische Laufbahn wegbegleitend sein. Führungserfahrung, Menschenkenntnis und ein funktionierendes Netzwerk sind gute Voraussetzungen.

Was gefällt Ihnen persönlich in Ihrer Tätigkeit am meisten?

Die Vielfalt der täglichen Arbeit und dass all meine Lebenserfahrung, sei dies beruflicher, politischer oder familiärer Natur täglich zur Anwendung kommen.

Wo finden Sie privat Ausgleich?

Ich jogge gerne in der Natur, fahre leidenschaftlich Motorrad und mache Hausmusik auf meinem Flügel.

Was ich noch sagen wollte: Ich bedanke mich für das Interview. Seitdem ich Statthalterin/Bezirksratspräsidentin bin, weiss ich, wie viele Leute nicht wissen, was meine zwei Ämter tun, dem ist somit Abhilfe geschafft ;-).

Beruflich und auch privat vielseitig: In der (raren) Freizeit trifft man Karin Egli u.a. auf dem Motorrad oder auch zu Hause am Flügel an. Bild zVg

Beruflicher und politischer Werdegang

1979	Eidg. dipl. Kauffrau
1983	Polizeischule Kapo ZH
1983–1991	Kantonspolizistin Kapo Zürich Kripo/Spezialdienst
1991/1994	Geburt Sohn und Tochter
1992–2003	Direktionsassistentin in diversen KMU in Winterthur
2003–2017	Kantonspolizistin Kantonspolizei Zürich, Ermittlungsabteilung (Sexualdelikte)
2017–	Wahl zur Statthalterin/Bezirksratspräsidentin
1998–2006	Präsidentin Sekundarschulpflege Elgg
2000–2005	Mitglied Bezirksjugendkommission Winterthur-Land
2002–2008	Kantonale Geschworene
2007–2011	Gemeinderätin Elgg (Vizepräs.)
2011–2019	Kantonsrätin
2017/2018	Kantonsratspräsidentin

Achtung!
Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.
Telefon 044 822 26 11

Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 **Berg TG**
Tel. 071 636 11 90
www.kressibucher.ch

Forstpflanzen einheimische Pflanzen
- für Ergänzungspflanzungen
- für Aufforstungen
- mit diversen Herkünften

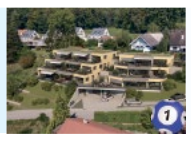
Wildgehölze einheimische Pflanzen
- für naturnahe Hecken
- für Vogelschutz und Bienenweiden

Wildverbissschutz
- dazu passende Pfähle aus CH-Holz
- oder auch Akazienpfähle

Heckenpflanzen
- für geschnittene Hecken

Erfolgreich werben
im «Zürcher Bote»
und «Zürcher Bauer»

Ihr Immobilientraum?


3 ½ - 4 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8955 Oetwil a.d.L., L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis ab CHF 1'351'000.-, Bezug ab Herbst 2022
www.erlenkönig.ch

1 ½ Zimmer Mietwohnung
8708 Männedorf, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Miete 1'400.- p/Mt., NK 140.-, Bezug nach Vereinb.
www.loft-neugut.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8457 Humlikon, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/

5 ½ Zi. Eigentumswohnung
8332 Rumlikon, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis CHF 996'000.-, Bezug ab Winter 2021/22
www.grueens-doerfli.ch

5 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhaus
8332 Rumlikon, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis CHF 1'291'000.-, Bezug ab Winter 2021/22
www.grueens-doerfli.ch

7 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhäuser
8913 Ottenbach, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis ab CHF 1'521'000.-, Bezug ab Winter 2021/22
www.nidolino-ottenbach.ch

3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8136 Thalwil-Gattikon, Aline Zorrilla Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/

5 ½ Zi. Eigentumswohnung
8484 Weisslingen, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis ab CHF 1'377'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.paradislig.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen, 4 ½ - 6 ½ Zi. DEFH
8127 Aesch-Maur, Aline Zorrilla Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
wwww.chridlerpark.ch

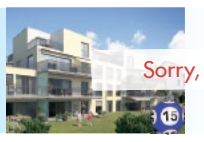
7 ½ Zi. Einfamilienhäuser inkl. Parkierung
8460 Marthalen, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab CHF 1'096'000.- zzgl. Parkierung, Bezug auf Anfrage
www.calmacasa.ch
Sorry, es sind leider alle Einheiten reserviert !

3 ½ Zi. Terrassenwohnung
8615 Wermatswil, Aline Zorrilla Tel. 044 316 13 21
Preis CHF 1'101'000.-, Bezug Frühling 2022
www.leuberg.ch

2 ½ - 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8610 Uster, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/

3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8309 Birchwil, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soley-birchwil.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8152 Glattbrugg, Aline Zorrilla Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 1'341'000.-, Bezug ab Herbst 2022
www.glattwies.ch


5 ½ Zi. Eigentumswohnung
8116 Pfaffhausen, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis 1'953'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.luckenholz.ch
Sorry, es sind leider alle Wohnungen reserviert !

3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8308 Illnau, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/

3 ½ Zi. Eigentumswohnung
8472 Seuzach, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis CHF 891'000.-, Bezug auf Anfrage
www.birch-seuzach.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8545 Rickenbach/ZH, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8404 Stadel/Winterthur, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/
«Denkmalpflege Winterthur verhindert eine zonenkonforme Überbauung»

4 ½ Zi. Terrassenwohnung
8103 Unterengstringen, L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42
Preis CHF 1'859'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.sparrenberg.ch

4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8493 Saland, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab CHF 673'400.-, Bezug nach Vereinbarung
www.ammuelibach.ch

2 ½ - 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8615 Wermatswil, Aline Zorrilla Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.solevista.ch

Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienträume verwirklicht werden können?
Melden Sie sich bei unserem Chef
ulrich.koller@lerchpartner.ch oder per Telefon 052 235 80 00.

Alle Objekte im Überblick:
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/

Lerch&Partner
GENERALUNTERNEHMUNG AG
LerchPartner.
YouTube
Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

Wir nehmen an den folgenden Immobilienmessen teil:
Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
9. - 12. Sept. 2021, Messe Zürich, Halle 5
SVIT Immobilien-Messe in Zürich
1. - 3. Oktober 2021, Lake Side Zürich

Stand Februar 2021

LESERBRIEF

Ist CO_2 an allem schuld?

Wir haben uns daran gewöhnt, CO_2 ist für den Klimawandel (Treibhauseffekt) verantwortlich, dies wird uns täglich eingetrichtert. Nur, was hat es mit CO_2 auf sich? CO_2 ist ein Verbrennungsrückstand, wenn Kohlenstoff (C) mit Sauerstoff verbrennt, richtig wäre oxidiert, es entsteht CO_2 und Wärme. Das Gleiche passiert, wenn Wasserstoff (H2) mit Sauerstoff verbrennt, da entsteht H2O und Wärme. Wasser ist also wie CO_2 ein Verbrennungsrückstand ohne Energieinhalt.

Den grössten Treibhauseffekt mit rund zwei Dritteln bildet Wasserdampf, also der Wasserkreislauf in der Atmosphäre, die Wolken. Wasserdampf ist für 33° C Temperaturunterschied verantwortlich, oder anders gesagt, ohne Wasserdampf in der Atmosphäre hätten wir anstatt 15° mittlere Temperatur auf der Erde –18°C und Leben wäre kaum möglich, weil alles gefroren wäre.

Weiter für die Treibhausgase sind die Spurengase verantwortlich, darunter CO_2 (Anteil Atmosphäre 0,04%), Methan und andere Spurengase, die als CO_2-Äquivalente gerechnet werden.

CO_2 und H2O entstehen aus allen Brennstoffen, also aus Heizöl, Diesel, Benzin, Holz etc.

Aus einem Liter Diesel oder Heizöl entstehen immer 2,65 kg CO_2. Aus einem Liter Benzin 2,38 kg CO_2. Die heutigen Vorschriften für Neufahrzeuge sind 118 g CO_2 pro Kilometer nach WLTP. Wer das nun umrechnet, kommt auf einen Verbrauch von maximal 4,95 Liter Benzin pro 100 km oder 4,45 Liter Diesel pro 100 km. Welche Fahrzeuge schaffen das?

CO_2 ist schlussendlich eine Messgrösse, um Abgaben zu generieren. Jeder CO_2-Franken ist ein verlorener Franken, weil er nicht in die produzierende Industrie zurückfliesst. Die produzierende Industrie wiederum wäre sehr angewiesen auf zusätzliches Geld, um innovative Produkte mit weniger Energieverbrauch zu entwickeln.

Eine CO_2-Steuer ist reiner Ablasshandel

Ein komplexes Gebilde wird aufgebaut, um alle NGO und Umweltagenturen zu beschäftigen. Viel Geld fliesst so ins Ausland, einfach zusätzlich zu der Entwicklungshilfe, die selber schon Jahr für Jahr steigt.

Roger Miauton, Illnau

LESERBRIEF

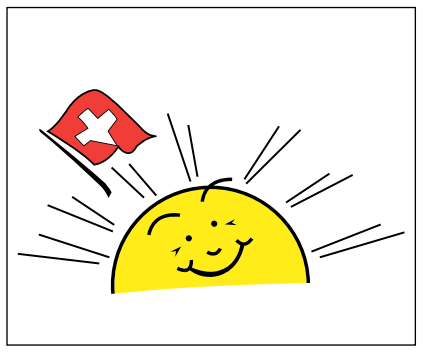
Fadegrad: Schulhausbau zu Babel

In der Rubrik «Fadegrad» stellt Gemeinderat Samuel Balsiger gewisse Zusammenhänge fest zwischen dem Schulhausbau in der Stadt Zürich und dem Turmbau zu Babel. Was er schreibt, trifft absolut zu. Ich staune immer mehr, wie die Bevölkerung der Entwicklung an den Stadtzürcher Schulen völlig gleichgültig gegenübersteht oder gar bewusst wegschaut, weil die Zustände derart unglaublich sind, dass man sie lieber ignoriert. Ich bin schon längere Zeit als Senior in drei Kindergärten tätig, in denen der Anteil fremdsprachiger Kinder unaufhaltsam steigt und immer grössere Probleme verursacht. Einerseits muss der zusätzliche Sprachunterricht laufend erweitert werden, und andererseits stellen Abstammungen aus fremden Kulturen für die Kindergärtnerinnen grosse Herausforderungen dar.

Mein Fazit: Es gilt, zwei Dinge auseinander zu halten. Bei diesen Kindern aus allen Teilen der Erde handelt es sich zum grossen Teil um «normale» Menschen, die halt einfach noch kein Deutsch sprechen und nichts dafürkönnen, wenn ihre Familien Mühe haben mit unseren Sitten und Gebräuchen. Es hat sogar unter den Kleinen oft derart «häärzige», dass man sie am liebsten nach Hause mitnehmen würde.

Die lieben Kinderäuglein dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zulassung der ganzen Rieseneinwanderung absolut falsch ist. Sie wird uns Probleme über Probleme bescheren, und langsam, aber sicher, beginnen auch Leute jenseits der SVP zu merken, dass dringend die Notbremse gezogen werden sollte. Wer durch unser Land fährt, stellt fest, dass die Schweiz jetzt schon im Häuser- und Strassenmeer versinkt, denn es braucht nicht nur Wohnungen für die Zugewanderten, sondern auch eine umfangreiche Infrastruktur, was Gemeinderat Balsiger anhand des Beispiels der Schulhäuser eindrücklich aufzeigt. Es ist völlig widerlich, wie die abgehobene Stadtpräsidentin von Zürich ständig nach noch mehr Zuzug lechzt und gleichzeitig glaubt, mit dem Pflanzen von einigen Bäumchen werde alles wieder gut.

Hans-Peter Köhli, Zürich



SVP DIGITAL

Teleblocher
Christoph Blocher im Gespräch mit Matthias Ackeret; Folge 709: Ostern, Christian Levrat, Rahmenvertrag und die CS-Krise.

Uf dä Punkt
Armut auf Kosten des Klimas.
Jefferey Ferpozzi analysiert.

In den Sümpfen von Bern
Beruhigende Wahrheiten zum Klimawandel.
Buchbesprechung von Thomas Matter.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat (ohne Januar und April), ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11 bis 12 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Bar Enoteca, Tannenzaunstrasse 23, Uster.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

Stadt Winterthur/Oberwinterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Stadtrain, Römerstrasse 71, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 bis 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Restaurant Kornhaus, Langstrasse 243 (Limmatplatz), Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Martin Suter, Telefon 044 217 77 66. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Robin Ingold, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Meilen/Zollikon
Montag, 17. Mai 2021, 18.00 Uhr, Generalversammlung und Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Montag, 12. Juli 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Montag, 6. September 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Montag, 8. November 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Stadt Winterthur
Mittwoch, 19. Mai 2021, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Sonntag, 6. Juni 2021, 09.30 Uhr, Grillplausch, mit exklusiver Besichtigung der Kehrichtverwertungsanlage Winterthur. Informationen/Anmeldung: Markus Reinhard, 079 675 19 76, markus.reinhard@svp-winterthur.ch.

Samstag, 10. Juli 2021, 17.00 Uhr, Jubiläumsfest 100 Jahre SVP Winterthur & Wahlkampfauftakt, Frohsinnareal beim Beck Lyner, Winterthur-Wülflingen.

Mittwoch, 1. September 2021, 20.00 Uhr, Parteiversammlung, Lokalität noch offen, Winterthur.

Mittwoch, 3. November 2021, 20.00 Uhr, Parteiversammlung, Lokalität noch offen, Winterthur.

Sonntag, 7. November 2021, 10.00 Uhr, Spaghetti-Plausch, Lokalität noch offen, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Freitag, 10. Dezember 2021, 18.00 Uhr, Chlausabend, Lokalität noch offen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 30. April 2021, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro mit Nationalrätin Therese Schläpfer, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich. Thema: Kosten und Integration der Flüchtlinge.

Samstag, 15. Mai 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 22. Mai 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 29. Mai 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 5. Juni 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, bei der Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

Freitag, 25. Juni 2021, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro mit Nationalrat Andreas Glarner, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich. Thema: Migrationspolitik zwischen Gutmenschen und Hardlinern.

Samstag, 21. August 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 4. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 11. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, bei der Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

Samstag, 30. Oktober 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 6. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 13. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 20. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, bei der Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

Freitag, 26. November 2021, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro mit Kantonsrat und Fraktionspräsident Martin Hübscher, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich. Thema: Die Auswirkungen im Kanton Zürich, wenn Rot-Grün dominiert.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 3. September 2021, bis Sonntag, 5. September 2021, SVP-Schiessen 2021, Weiningen (Vorschiessen am Freitag, 27. August 2021). Weitere Informationen folgen.

INSERAT